

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 09.03.2009
Dezernat II	Amt FB 02	Öffentlichkeitsstatus öffentlich

I N F O R M A T I O N

I0051/09

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	24.03.2009	nicht öffentlich
Finanz- und Grundstücksausschuss	22.04.2009	öffentlich
Stadtrat	28.05.2009	öffentlich

Thema: Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 31.12.2008

1. Gesamteinschätzung Verwaltungshaushalt

Das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Verwaltungshaushaltes per 31.12.2008 mit Stand vom 16.02.2008 ist um 1,1 Mio. EUR besser als geplant und setzt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

- in EUR -

	31.12.2007	31.12.2008
Anordnungssoll – Einnahmen (L)	464.824.943,38	489.800.563,90
- Abgang auf Kassenreste (C)	6.599.195,52	10.648.659,16
+ Globalbereinigung aus dem Vorjahr	4.205.000,00	12.610.000,00
- Globalbereinigung lfd. Jahr	12.610.000,00	15.457.000,00
= Summe bereinigte Soll-Einnahmen (E)	449.820.747,86	476.304.904,74
Anordnungssoll Ausgaben (L)	542.227.676,53	568.279.293,44
+ neue Haushaltsausgabereste (H)	34.800,00	462.378,45
- Abgang auf Haushaltsausgabereste (-A)	8.060,29	2.200,00
= Summe bereinigte Soll-Ausgaben (E)	542.254.416,24	568.739.471,89
Unterschied zwischen bereinigten Soll-Einnahmen u. bereinigten Soll-Ausgaben		
= Fehlbetrag	-92.433.668,38	-92.434.567,15
darin enthalten:		
- Deckung von Soll-Fehlbeträgen Vor-Vorjahr	84.239.164,65	86.033.871,25
= Strukturelles Defizit	8.194.503,73	6.400.695,90

Der Haushaltsvergleich 2008 stellt sich wie folgt dar:

- in EUR -

	Haushaltsplan 2008	Anordnungssoll 31.12.2008	Erfüllung in % 31.12.2008	Erfüllung in % 31.12.2007
Einnahmen	447.322.400,00	489.800.563,90	109,5	105,7
Ausgaben	540.909.200,00	568.279.293,44	105,0	100,9
Fehlbetrag	93.586.800,00	78.478.729,54		

Der in dieser Tabelle ausgewiesene Fehlbetrag in Höhe von 78.478.729,54 EUR stellt die unbeeinigten Sollanordnungen (L) dar. In dem für das Haushaltsjahr 2008 ausgewiesenen Fehlbetrag in Höhe von 92.434.567,15 EUR lt. Rechnungsergebnis (E) sind die Buchungen der globalen Restebereinigungen in Höhe von 15.457.000 EUR und die Haushaltsausgaberechte in Höhe von 462.378,45 EUR auf das Nachjahr enthalten. Das Ergebnis der Haushaltsrechnung hat sich gegenüber dem in der Haushaltssatzung 2008 geplanten Fehlbedarf von 93.586.800 EUR um 1.152.233 EUR verbessert.

Vergleich zwischen dem vorläufigen Ergebnis der Jahresrechnung 2008 und dem Haushaltsplan 2008

Gesamtstädtisch betrachtet, weichen die Einnahmen und die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes vom Plan ab. Dabei sind die Einnahmen prozentual höher als die Ausgaben im Vergleich zum Haushaltsplan. Die Abweichungen sind aber nicht erheblich und geben keinen Anlass zur Beanstandung.

Die Darstellung der Einnahmen folgen dem Gruppierungsmodus von 0 bis 2.

In der Hauptgruppe 0 „Steuern und allgemeine Zuweisungen“ sind Mehreinnahmen zu verzeichnen, insbesondere bei der Gewerbesteuer (Grupp. 003) in Höhe von 11,5 Mio. EUR und dem Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern (Grupp. 01) in Höhe von 9,1 Mio. EUR. Darin enthalten sind vorrangig der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (Grupp. 010) in Höhe von 7,9 Mio. EUR.

Weiterhin sind in der Hauptgruppe 0 Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen des Landes zu verzeichnen. Mit der Spitzabrechnung 2007 der Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) ergaben sich für den städtischen Haushalt Mehreinnahmen in Höhe von 3,3 Mio. EUR.

Hier waren Schlüsselzuweisungen vom Land in Höhe von 134,9 Mio. EUR und eine Zuweisung aus der Konsolidierungspartnerschaft mit dem Land in Höhe von 4,7 Mio. EUR geplant. Mit Bescheid vom 06. Februar 2008 setzte das Land Sachsen-Anhalt die Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) für das Haushaltsjahr 2008 fest. Danach ergaben sich für die Landeshauptstadt Magdeburg Schlüsselzuweisungen vom Land in Höhe von 141,5 Mio. EUR (Grupp. 0411). Im Rahmen der Konsolidierungspartnerschaft mit dem Land erfolgte eine Verteilung der im Landeshaushalt 2008 zusätzlich bereitgestellten Mittel für die kreisfreien Städte, wovon die Landeshauptstadt Magdeburg 5,0 Mio. EUR erhalten hat (Grupp. 04112). Zusammengefasst konnten somit finanzielle Mittel in Höhe von 146,5 Mio. EUR (Grupp. 0411) vereinnahmt werden (Mehreinnahme: 6,9 Mio. EUR). Diese Mehreinnahmen sind allerdings aufgrund von Mindereinnahmen bei den Zuweisungen vom Land nach dem Aufnahmegesetz um 2,7 Mio. EUR zu reduzieren. Hier waren laut Haushaltsplan Einnahmen in Höhe von 3,2 Mio. EUR vorgesehen. Diese wurden nunmehr im Einzelplan 4 vereinnahmt, jedoch in wesentlich geringerer Höhe (0,5 Mio. EUR).

Wesentliche Mindereinnahmen sind bei anderen Steuern (Vergnügungssteuer und Zweitwohnungssteuer) in Höhe von 0,9 Mio. EUR zu verzeichnen.

Mehreinnahmen für Ausgleichsleistungen des Landes an den Kosten der Unterkunft (Hartz IV) und aus Sonderlastzahlungen (Grupp. 092/93) in Höhe von 2,8 Mio. EUR schwächen die finanzielle Belastung des städtischen Haushaltes aus den Mindereinnahmen im Bereich der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft in Höhe von 8,0 Mio. EUR (Grupp. 191) wenig ab. Insgesamt weist der „Deckungskreis Sozialhilfe“ (DKSOZ) einen erhöhten Zuschussbedarf in Höhe von 5,7 Mio. EUR auf, wovon 8 Mio. EUR auf Mindereinnahmen aus der Leistungsbeteiligung des Bundes für KdU zurückzuführen sind. Von dem in der HHK-Maßnahme-Nr. 53 avisierten Ziel der Entlastung des städtischen Haushaltes in Höhe von 13,0 Mio. EUR konnten somit lediglich 6,0 Mio. EUR realisiert werden.

Mindereinnahmen sind bei den Verwaltungsgebühren (Grupp. 10 - 12) in Höhe von 0,8 Mio. EUR erzielt worden. Bei den Einnahmen aus Verkauf und Mieten (Grupp. 13 - 15) wurden in Höhe von 158 Tsd. EUR Mehreinnahmen erzielt.

Aus der Erstattung vom Land (Grupp. 161) wurden 977 Tsd. EUR und aus der Erstattung von Gemeinden und -verbänden wurden 626 Tsd. EUR Mehreinnahmen verbucht.

Die überplanmäßigen Einnahmen aus den Gewinnanteilen der Städtischen Werke Magdeburg GmbH (HGr. 2) in Höhe von 3,3 Mio. EUR wurden in die zweckgebundene Rücklage PPP (siehe die DS0338/08) überführt (Grupp. 8602) und wirken sich somit für den Jahresabschluss haushaltsneutral aus.

Im Verlauf des Haushaltsjahres 2008 sind Abgänge auf Kassenreste in Höhe von 10.648.659,16 EUR verbucht worden. Zweckgebundene Einnahmen wurden gem. § 17 GemHVO i.V.m. § 31 Abs. 3 GemKVO in Höhe von 559.456,78 EUR in 2008 abgesetzt und in das Haushaltsjahr 2009 übertragen.

Im Vergleich zum Vorjahr (12.610.000 EUR) wird die Globalbereinigung (pauschale Restebereinigung) um 2.847.000 EUR angehoben und entspricht in der Gesamthöhe von 15.547.000 EUR den Anträgen der Fachbereiche/Ämter.

Die offensive Gesamterhöhung ist in Vorbereitung auf das NKHR ab 2010 (Einführung Doppik) unabdingbar und entspricht den tatsächlichen Verhältnissen bezüglich der Einbringung der offenen Forderungen.

Wesentliche Veränderungen entstehen durch Erhöhung der Restebereinigung im Vergleich zur Globalbereinigung 2008 bei den steuerlichen Nebenleistungen um 40.000 EUR, der Gewerbesteuer um 2.900.000 EUR, bei der Vergnügungs- und der Hundesteuer um 220.000 EUR und bei der Verzinsung von Steuernachforderungen um 500.000 EUR. Für steuerliche Nebenleistungen – wiederkehrende Einnahmen – werden Bereinigungen in Höhe von 207.000 EUR angemeldet und betragen 73.000 EUR weniger als im Vorjahr. Beim Unterhaltsvorschuss erhöhen sich die Beträge um 300.000 EUR. Für die Bereinigungen für Kindertagesstätten – Benutzungsgebühren – und Verwaltungsbetriebseinnahmen werden erstmals 220.000 EUR mehr als im Vorjahr angemeldet. Die Bereinigungsbeträge für die Grundsteuer A verringern sich um 10.000 EUR und für die Grundsteuer B um 1.400.000 EUR.

Für die Bereinigung der Zweitwohnungssteuer werden erstmals 150.000 EUR angemeldet.

Die wesentlichen Abweichungen zwischen dem Haushaltsplan und dem Ergebnis 2008 sind bei den Einnahmen

durch **Mindereinnahmen** bei:

- der Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung mit 8.008,3 Tsd. EUR,

und durch **Mehreinnahmen** bei:

- der Gewerbesteuer mit 11.499,3 Tsd. EUR,
- dem Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern mit 9.129,0 Tsd. EUR,
- der allgemeinen Zuweisung vom Land mit 3.325,8 Tsd. EUR,
- aus der Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistung (Hartz IV) mit 1.698,3 Tsd. EUR,
- aus dem Sonderlastenausgleich (Hartz IV) mit 1.138,2 Tsd. EUR,
- Zuweisung vom Land mit 1.709,3 Tsd. EUR,
- Zahlungen von kommunalen Sonderrechnungen mit 2.620,5 Tsd. EUR,
- Zahlungen von übrigen Bereichen mit 2.175,6 Tsd. EUR,
- Gewinn- und Konzessionsanteile von wirtschaftlichen Unternehmen mit 4.410,3 Tsd. EUR zu verzeichnen.

In der *Anlage 3* ist die Entwicklung der wesentlichen Einnahmen des Verwaltungshaushaltes zwischen 2004 und 2008 ersichtlich.

Die Darstellung der Ausgaben folgen dem Gruppierungsmodus von 4 bis 8.

Minderausgaben sind bei den Personalkosten (HGr. 4) in Höhe von 701 Tsd. EUR entstanden. Beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Gupp. 50 – 51) wurden Mehrausgaben in Höhe von 1.649,8 Tsd. EUR verbucht. Ebenso sind die Ausgaben für die Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung (KdU – Grupp. 691/693) um 2.121,7 Tsd. EUR überschritten worden.

Für die Zuschüsse an kommunalen Sonderrechnungen (Eigenbetriebe der LH MD – Grupp. 715) wurden 1.101,6 Tsd. EUR über den Planansatz von 54.898,4 Tsd. EUR ausgereicht. Dies gilt auch für die Zuweisungen an übrige Bereiche (hier: Kindertagesstätten – Grupp. 718 = 3,4 Mio. EUR), die insgesamt 3,027 Mio. EUR mehr erhielten.

Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Grupp 79) wurden aufgrund der rückläufigen Zuweisungen um 995,1 Tsd. EUR unterschritten.

Minderausgaben sind bei Zinsausgaben an den Kreditmarkt (Grupp. 807) in Höhe von 1.104,6 Tsd. EUR entstanden.

Wesentliche Mehrausgaben wurden für die Zahlung der Gewerbesteuerumlage (Grupp. 81) in Höhe von 1.217,7 Tsd. EUR und für die Zuführung an den Vermögenshaushalt (Grupp. 86) in Höhe von 21.426,7 Tsd. EUR getätigt. Bei den zweckgebundenen Zuführungen an den Vermögenshaushalt handelt es sich um die Aufstockung der allgemeinen Rücklage in der gesetzlich geforderten Höhe entsprechend § 20 (2) GemHVO in Höhe von 2.624,1 Tsd. EUR, für vorgesehene Sondertilgungen für Kredite in Höhe von 12.393,0 Tsd. EUR, für den Eigenanteil des geplanten Konjunkturpakets II in Höhe von 3.307,0 Tsd. EUR und für die PPP-Pakete in Höhe von 3.352,1 Tsd. EUR.

Die wesentlichen Abweichungen zwischen dem Haushaltsplan und dem Ergebnis 2008 bei den Ausgaben sind zu verzeichnen

durch **Minderausgaben** bei:

- den Versorgungsbezügen und den Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung mit 1.305,5 Tsd. EUR,
- den Zuweisungen und Zuschüssen an private Unternehmen mit 642,8 Tsd. EUR,
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mit 995,1 Tsd. EUR,
- den Zinsausgaben an sonstige öffentliche Sonderrechnung mit 615,8 Tsd. EUR,
- den Zinsausgaben an den Kreditmarkt mit 1.104,6 Tsd. EUR

und durch **Mehrausgaben** bei:

- der Unterhaltung der Grundstücke mit 1.649,8 Tsd. EUR,
- den Bewirtschaftungskosten mit 630,6 Tsd. EUR,
- Leistungsbeteiligung (KdU) mit 2.036,0 Tsd. EUR,
- Zuschüsse an kommunale Sonderrechnung mit 1.101,6 Tsd. EUR,
- Zuschüsse an übrige Bereiche mit 3.027,1 Tsd. EUR,
- den Zinsausgaben an den Bund mit 602,0 Tsd. EUR,
- der Gewerbesteuerumlage mit 1.217,7 Tsd. EUR,
- der Zuführung an den Vermögenshaushalt mit 21.426,7 Tsd. EUR.

Die Entwicklung der wesentlichen Ausgaben des Verwaltungshaushaltes von 2004 – 2008 ist der *Anlage 4* zu entnehmen.

Personalausgaben

Bei einem Haushaltsansatz von 111.877,0 Tsd. EUR wurden die Personalausgaben (Hauptgruppe 4) mit 111.175,8 Tsd. EUR (99,37 %) in Anspruch genommen. Die Minderausgabe beträgt somit 701,2 Tsd. EUR. Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes beträgt 19,55 %.

Der wesentliche Teil der Personalausgaben (Verwaltung) ist im Deckungskreis DKPK 4 enthalten. In diesem Deckungskreis wurden Ausgaben in Höhe von 110.804,5 Tsd. EUR bereitgestellt und mit 109.870,3 Tsd. EUR (99,26 %) in Anspruch genommen.

Ein besonderer Schwerpunkt in der Haushaltsdurchführung des Jahres 2008 im DKPK 4 war der Tarifabschluss vom 31.03.2008. Dieser belastete den Deckungskreis zusätzlich in einer Höhe von ca. 3,35 Millionen EUR.

Dennoch konnten im Verlauf des Jahres bis zum 31.12.2008 Einsparungen in Höhe von:

- 3,03 Mio. EUR durch unbesetzte Stellen,
- 30 Tsd. EUR durch Wiederbesetzung von freiwerdenden Stellen mit nur 90 % des bisherigen Stellenvolumens erreicht werden.

Durch die wieder aufgenommenen Verträge zur Arbeitszeitreduzierung – pwM – wurden im Jahr 2008 insgesamt 0,27 Mio. EUR Personalkostenreduzierung erreicht.

Die Beiträge zu den Versorgungskassen der Beamten ergibt zum 31.12.2008 eine Minderausgabe in Höhe von 0,55 Mio. EUR.

Die im Jahr 2008 zu zahlenden Ausgleichsbeträge an die Rententräger konnten nicht fließen, da die erforderlichen Mitteilungen von den Rentenkassen nicht vorlagen. Dadurch ist eine Minderausgabe von 0,03 Mio. Euro entstanden.

Die Verträge für die Anschlussfähigkeit ehemaliger Auszubildender wurden leistungsbedingt für eine kürzere Zeit als geplant abgeschlossen, dadurch entstand eine Minderausgabe in Höhe von 0,3 Mio. EUR.

Durch den optimierten Einsatz der Wahlhelfer konnte eine Minderausgabe in Höhe von 0,05 Mio. EUR erzielt werden.

Die Entwicklung der Personalkosten in den Jahren von 2004 bis 2008 ist der *Anlage 5* zu entnehmen.

Einschätzung der Budgetierung

Der zahlenmäßige Budgetvergleich ist in der *Anlage 1* beigefügt. Das verfügbare Budget setzt sich zusammen aus 22.999,1 Tsd. EUR Einnahmen und 52.084,1 Tsd. EUR Ausgaben, der Zuschuss beträgt 29.085,0 Tsd. EUR. Die Inanspruchnahme des Budgetzuschusses per 31.12.2008 beträgt 98,7 % und basiert auf Mehreinnahmen von 1.226,9 Tsd. EUR und Mehrausgaben von 849,4 Tsd. EUR. Hieraus ermittelt sich ein Budgetzuschussrest von 377,5 Tsd. EUR.

Die Budgets 0, 2, 3, 4 und 6 wurden eingehalten. Bei den Budgets 1 und 5 wurden geringfügige Abweichungen (< 150 Tsd. EUR) festgestellt.

Die wesentlichen Erläuterungen zur Erfüllung der verfügbaren Budgets 2008 werden nachfolgend kurz dargestellt. Eine ausführliche Einschätzung zu allen Budgets wird ggf. mit dem Rechenschaftsbericht 2008 gegeben.

Budget 0 – Bereich OB

Dem Budget 0 stand ein Zuschuss in Höhe von 702.300 EUR zur Verfügung. Der Budgetzuschuss wurde mit 658.336 EUR (93,7 %) in Anspruch genommen und in Höhe von 43.964 EUR nicht verausgabt. Die Ursachen sind Mehreinnahmen in Höhe von 8.902 EUR und Minderausgaben in Höhe von 35.062 EUR.

Folgende Minderausgaben resultieren aus:

- Veranstaltungen und Städtepartnerschaften,	15.600 EUR
- Bewirtschaftungskosten,	17.500 EUR
- diversen Ansätzen wie Fortbildung.	7.900 EUR

Budget 1 – Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

Dem Budget 1 stand ein Überschuss in Höhe von 1.847.896 EUR zur Verfügung. Der Budgetüberschuss wurde mit 1.710.687 EUR (92,6 %) erfüllt, die Differenz beträgt 137.208 EUR. Die Ursachen sind Mindereinnahmen in Höhe von 435.608 EUR und Minderausgaben von 298.400 EUR.

Wesentliche Mehreinnahmen entstanden:

- | | |
|---|------------|
| - im Amt 31 aus Baumfällgenehmigungen, Altlastenkataster, Genehmigung und Erteilung einer Anlage nach § 4 Bundesimmissionsschutzgesetz, | 16.600 EUR |
| - im FB 32 bei Jagd- und Fischereiprüfungen, im Standesamt und aus dem Marktwesen, | 48.300 EUR |
| - bei der Vergabestelle und bei den Verwaltungsgebühren im FB 01. | 23.100 EUR |

Wesentliche Mindereinnahmen entstanden:

- | | |
|---|-------------|
| - im Amt 37 bei Benutzungsgebühren, | 84.700 EUR |
| - im FB 32 bei den Verwarn- und Bußgeldern, | 193.800 EUR |
| - bei Verwaltungsgebühren im Bürgerservice und in der Straßenverkehrsabteilung. | 246.000 EUR |

Wesentliche Mehrausgaben resultieren aus:

- | | |
|---|------------|
| - der Fahrzeugunterhaltung (erhöhte Spritpreise und Reparaturkosten, die Fahrzeuge haben ein Durchschnittsalter von 10 Jahren (Amt 37). | 58.300 EUR |
|---|------------|

Wesentliche Minderausgaben resultieren aus:

- | | |
|--|-------------|
| - dem FB 01 bei Einrichtungsgegenständen, Aus- und Fortbildung, Veranstaltungen, Mieten und Pachten für Farbkopierer und dem noch nicht erfolgten Umzug des Betriebsärztlichen Dienstes, | 24.000 EUR |
| - Portokosten, Leasingverträgen für die mobilen Datenerfassungsgeräte und Fahrzeuge des SOD, | 53.000 EUR |
| - dem Bereich Bürgerservice bei Einrichtungsgegenständen, aus Mieten, Portogebühren (weniger Melderegisterauskünfte) und Geschäftsausgaben (Bundesdruckerei), | 79.000 EUR |
| - der Straßenverkehrsabteilung u.a. bei Bürobedarf, Porto und aus geringeren Kosten an das KBA, | 125.800 EUR |
| - den Ämtern 12, 30 und 31 (sonstige Geschäftsausgaben, Information und Dokumentation, Haftpflichtversicherung sowie Gutachterkosten). | 54.700 EUR |

Budget 2 – Finanzen

Dem Budget 2 stand ein Überschuss in Höhe von 565.700 EUR zur Verfügung. Der Budgetüberschuss wurde mit 562.506 EUR (99,4 %) erfüllt, die Differenz beträgt 3.194 EUR. Die Ursachen sind Mindereinnahmen in Höhe von 108.096 EUR und Minderausgaben von 104.902 EUR.

Wesentliche Mehreinnahmen entstanden:

- | | |
|---|------------|
| - im FB 23, Allg. Grundvermögen, bei den Benutzungsgebühren | 57.226 EUR |
| - im FB 23, Allg. Grundvermögen, bei der Rückzahlung von Grundsteuerabgaben | 36.533 EUR |
| - im FB 23, Allg. Grundvermögen, bei der Umsatzsteuer Stadthallenverbund | 36.297 EUR |
| - im FB 23, Allg. Grundvermögen, bei den Verkaufserlösen | 7.867 EUR |

Wesentliche Mindereinnahmen entstanden:

- im Finanzservice, bei den steuerlichen Nebenleistungen, mit einer Globalbereinigung in Höhe von 247.000,- EUR 253.270 EUR

Wesentliche Mehrausgaben resultieren aus:

- dem FB 23, Allg. Grundvermögen, bei den Bewirtschaftungskosten (u. a. Sicherungskosten Krankenhaus Altstadt) 83.488 EUR
- dem FB 23, Allg. Grundvermögen, bei der Umsatzsteuer Stadthallenverbund 26.973 EUR

Wesentliche Minderausgaben resultieren aus:

- dem FB 23, Allg. Grundvermögen, bei der Hochbauunterhaltung 18.735 EUR
- dem FB 23, Allg. Grundvermögen, bei der Unterhaltung des beweglichen Vermögens 34.857 EUR
- im UA 03020, Einführung Doppik, 135.276 EUR
- den Geschäftsausgaben sowie den Post- und Fernmeldegebühren. 32.350 EUR

Budget 3 – Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

Dem Budget 3 stand ein Zuschuss von 568.800 EUR zur Verfügung. Der Budgetzuschuss wurde mit 442.880 EUR (77,9 %) in Anspruch genommen und in Höhe von 125.920 EUR nicht verausgabt. Die Ursachen sind Mindereinnahmen von 248.825 EUR und Minderausgaben von 374.746 EUR.

Wesentliche Mehreinnahmen entstanden:

- aus Zuwendungen vom Land für Endabrechnungen der Projekte Regionalmanagement und Paktmanagement, 103.100 EUR
- aus der Endabrechnung des Unternehmens tti Magdeburg GmbH als Eigenanteil am Projekt Regionalmanagement. 56.800 EUR

Wesentliche Mindereinnahmen entstanden:

- bei Zuwendungen vom Land durch die Bewilligung von Fördermitteln für das Projekt „Lokales Kapital“ direkt über das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, 200.000 EUR
- durch die Nichtverlängerung des Projektes Regionalmanagement (Zuwendungen vom Land, Unternehmen tti Magdeburg GmbH) lt. GA-Richtlinie. 193.700 EUR

Wesentliche Minderausgaben resultieren aus:

- der o. g. Nichtverlängerung des Projektes Regionalmanagement, 193.800 EUR
- der veränderten Förderung des Projektes „Lokales Kapital“. 188.800 EUR

Wesentliche Mehrausgaben resultieren aus:

- der Verschiebung der Daimler-Chrysler-Umweltkonferenz in das Jahr 2008. 20.000 EUR

Budget 4 – Bildung, Sport und Kultur

Dem Budget 4 stand ein Zuschuss in Höhe von 15.989.000 EUR zur Verfügung. Der Budgetzuschuss wurde mit 15.746.862 EUR (98,5 %) in Anspruch genommen und in Höhe von 242.138 EUR nicht verausgabt. Die Ursachen sind Mehreinnahmen in Höhe von 692.553 EUR und Mehrausgaben von 450.415 EUR.

Wesentliche Mehreinnahmen entstanden durch :

- die Erstattung Dritter für geleistete Betriebskostenzahlungen des FB 40,	351.925 EUR
- höhere Betriebseinnahmen Horte in freier Trägerschaft,	125.696 EUR
- Zuschüsse vom Land für neue Projekte in Grundschulen und Förderschulen,	8.971 EUR
- den Abschluss einer größeren Anzahl von Nutzungsverträgen für Sportstätten,	38.524 EUR
- höhere Erstattungen von Vorsteuer im Sportbereich/ BgA,	23.459 EUR
- Zuschüsse u. Zuweisungen vom Land, Spenden und Sponsorengelder für Sonderausstellungen und geförderte Projekte im Museum wie „in between“, „Verfolgung in der NS-Zeit in Magdeburg“, „Parasiten“, „Art und Vielfalt“, „Vorgänge-Images-Identität“ und „Spektakel der Macht“,	502.329 EUR
- Landesfördermittel für die Anschaffung von Medieneinheiten in Bibliotheken sowie zweckgebundene Spenden und Sponsorengelder für „Stolpersteine“ und „Gedenkstele“ im Kulturbüro,	45.287 EUR
- Benutzungsgebühren im Museum durch Sonderausstellungen („Parasiten“, „Art und „Vielfalt“), Veranstaltungen im Gesellschaftshaus und in den Bibliotheken sowie im Stadtarchiv durch Anfertigung von Kopien,	59.366 EUR
- Verkaufserlöse im Kulturhistorischen Museum und im Kloster Unser Lieben Frauen (Museumsshop) sowie von ausgesonderten Medien in den Stadtteilbibliotheken,	41.084 EUR
- Einnahmen aus Mieten und Pachten und aus Konzessionsvertrag „Gastronom“ im Gesellschaftshaus.	30.624 EUR

Wesentliche Mindereinnahmen entstanden durch:

- geringere Nutzung von Kursangeboten in der Volkshochschule,	29.965 EUR
- Veränderung der Öffnungszeiten in den Schwimmhallen und ein anderes Besucherverhalten, Entgelte rückläufig,	145.177 EUR
- eine geringere Besucheranzahl in den Freibädern und Naherholungszentren aufgrund ungünstiger Witterungsbedingungen, weiterhin wurden Ermäßigungen mehr genutzt,	229.961 EUR
- nicht erwartungsgemäße Auslastung des Wohnheimes,	41.717 EUR
- Entgelte in den Gruson-Gewächshäusern und in den Stadtbibliotheken durch Besucherrückgang,	41.790 EUR
- Benutzungsgebühren im Museum (Sonderausstellung „Spektakel der Macht“),	20.778 EUR
- Rückgang bei Mieten und Pachten im Kaiser-Otto-Saal und Wegfall der Pachteinahmen im Kloster-Cafe' sowie durch Verkaufserlöse im Stadtarchiv.	25.165 EUR

Wesentliche Mehrausgaben resultieren aus:

- Kosten der Hochbauunterhaltung zur Behebung einer größeren Anzahl von Havarien, Bränden und Vandalismuschäden im Sportbereich,	110.186 EUR
- einem erheblicheren Aufwand zur Unterhaltung der stark veralteten PC-Arbeitsplätze in den Schülerkabinetten	94.594 EUR
- der höheren Abführung von Steuern an das Finanzamt,	67.792 EUR
- sonstigen Sachausgaben für geförderte Projekte (u. a. Sonderausstellungen) im Museum und im Kloster Unser Lieben Frauen für Aufbau, Gestaltung, Rückbau, Transport und Versicherung,	329.659 EUR
- sonstigen Sachausgaben für Honorare im Museum (Sonderausstellungen) und im Gesellschaftshaus für die Telemann-Festtage,	67.965 EUR
- Sachausgaben beim Ankauf von Medieneinheiten in den Stadtbibliotheken und Anschaffung von Merchandising im Museumsshop.	32.174 EUR
- Sachausgaben bei Post-, Fernmelde- u. Bankgebühren in den Museen durch Sonderausstellungen,	20.824 EUR
- Sachausgaben bei sonstigen Geschäftsausgaben im Kulturbüro, Museen und Stadtarchiv,	22.489 EUR
- Sachausgaben bei den Bewirtschaftungskosten in den Museen durch Sonderausstellungen und in den Gruson-Gewächshäusern.	145.516 EUR

Wesentliche Minderausgaben resultieren aus:

- geringeren Bewirtschaftungskosten/Energie im FB 40 durch niedrigere Abschläge an SWM aufgrund der Ist-Verbräuche Vorjahr,	104.064 EUR
- geringeren Beiträgen zur Schüler-Unfallversicherung /Festsetzung durch Unfallkasse Zerbst,	201.283 EUR
- der Reduzierung des Zuschusses an die gGfL, da die Betriebskosten vom FB 40 direkt an SWM gezahlt wurden,	89.000 EUR
- Einsparungen bei Veranstaltungen im Kulturbüro, in den Gruson-Gewächshäusern und im Gesellschaftshaus,	17.114 EUR
- Einsparungen bei den Sachausgaben für Information und Dokumentation im Stadtarchiv, Gesellschaftshaus und in den Gruson-Gewächshäusern,	27.264 EUR
- Einsparungen bei den Dienstreisen/Fahrkostenersätze, Haltung von Fahrzeugen und bei der Aus- und Fortbildung, Umschulung im Gesellschaftshaus (Telemann-Festtage), Kulturbüro und Stadtbibliotheken.	12.480 EUR

Budget 5 – Soziales, Jugend und Gesundheit

Dem Budget 5 stand ein Zuschuss in Höhe von 7.714.805 EUR zur Verfügung. Der Budgetzuschuss wurde mit 7.830.491 EUR (101,5 %) in Anspruch genommen und in Höhe von 115.686 EUR überschritten. Die Ursachen sind Mindereinnahmen in Höhe von 182.156 EUR und Minderausgaben in Höhe von 66.470 EUR.

Wesentliche Mehreinnahmen entstanden:

- im Bereich des Kinder – und Jugendnotdienstes, 20.002 EUR
Benutzungsgebühren und Zuweisungen und Zuschüssen,

Wesentliche Mindereinnahmen entstanden:

- im Bereich Übergangwohnheim für Frauen und Familien 9.831 EUR
bei Benutzungsgebühren,
- im Bereich Soziales, Gesundheits- und Jugendhilfeplanung, 64.400 EUR
Zuweisungen und Zuschüsse vom Bund usw.,
- im Bereich Hilfe für junge Volljährige, Erstattungen vom 16.915 EUR
Land und Kostenbeiträge für Aufwendererstattungen in
Einrichtungen örtlicher Träger,
- im Bereich Inobhutnahme - Erstattungen vom Land -, 39.829 EUR
- im Bereich Einrichtungen der Jugendarbeit, geplante Ein- 19.722 EUR
nahmeerhöhungen von insgesamt 28.700,-€ in diesem UA
aufgrund der HH-Sperre von 2,5% wurden nicht erfüllt,
- im Bereich Frühförderungs- und Beratungsstellen – 22.580 EUR
Erstattung vom Land -,
- im Gesundheits- und Veterinäramt, Einnahmen aus Ersatz 26.336 EUR
vornahmen, Anstieg der Fallzahlen.

Wesentliche Mehrausgaben resultieren aus:

- im Bereich Hilfe für junge Volljährige, Leistungen der 153.880 EUR
Jugendhilfe in Einrichtungen / stationäre Leistungen
als Pflichtleistungen, durch Anstieg der Fallzahlen,
- im Bereich der Jugendsozialarbeit, Erziehung von Kindern 97.293 EUR
und Jugendschutz, Zuweisungen und Zuschüsse an übrige
Bereiche,
- im Bereich Einrichtungen der Jugendarbeit, Zuweisungen und 50.991 EUR
sonstige Zuschüsse an übrige Bereiche.

Wesentliche Minderausgaben resultieren aus:

- dem Bereich Sozial-, Gesundheits- und Jugendhilfeplanung, 68.060 EUR
Zuweisungen und sonstige Zuschüsse an übrige Bereiche,
- dem Bereich Jugendamt bei Mieten und Pachten, 35.214 EUR
Bewirtschaftungskosten sowie Geschäftsausgaben,
- dem Bereich der Jugendarbeit durch Zuweisungen und 131.469 EUR
sonstige Zuschüsse an übrige Bereiche,
- dem Bereich Inobhutnahme, Leistungen der Jugendhilfe in 66.351 EUR
Einrichtungen,
- dem Bereich Jugendsozialarbeit in Werkstätten, durch 24.226 EUR
Zuweisungen und sonstige Zuschüsse an übrige Bereiche,
- im Bereich Gesundheits- und Veterinäramt für Aus- und 69.212 EUR

Weiterbildung, Umschulung, sonstige Verbrauchsmittel und und Geschäftsausgaben.

Auftretende Abweichungen konnten innerhalb des Budgets 5 nicht ausgeglichen werden.

Budget 6 – Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Dem Budget 6 stand ein Zuschuss in Höhe von 6.523.691 EUR zur Verfügung. Der Budgetzuschuss wurde mit 6.303.157 EUR (96,6 %) in Anspruch genommen und in Höhe von 220.534 EUR nicht verausgabt. Die Ursachen sind Mehreinnahmen in Höhe von 1.500.095 EUR und Mehrausgaben in Höhe von 1.279.561 EUR.

Wesentliche Mehreinnahmen entstanden:

- durch zweckgebundene Fördermittel des Landes zur Beseitigung von Hochwasserschäden (Ufermauer Stromelbe Westseite, Am Kuhanger), 1.847.938 EUR
- bei Verwaltungsgebühren im Bauordnungsamt durch Baugenehmigungen für Großvorhaben (u.a. für Altenpflegeheime und Seniorenwohnanlagen, Möbel Höffner, Projekt Schulsanierung, Umbau Encke Kaserne) und im Tiefbauamt für Schadensfälle an Lichtsignalanlagen, Verkehrsleit-einrichtungen und Straßenbeleuchtung, 412.993 EUR
- bei Gebühren im Tiefbauamt durch Bautätigkeit im Bereich Aufgrabungen sowie für Bewohnerparkkarten, im Stadtplanungsamt durch Kostenfestsetzungsbescheide für planungsrechtliche Auskünfte und im Hochbauamt durch gestiegene Anzahl von Bewerberfirmen bei öffentlichen Ausschreibungen. 86.013 EUR

Wesentliche Mindereinnahmen entstanden:

- bei Benutzungsgebühren aus Parkscheinautomaten im Tiefbauamt (Aufstellung u. Bewirtschaftung zusätzlicher Parkscheinautomaten konnte nicht realisiert werden - HKK Nr.120). 773.267 EUR
- bei Verwaltungsgebühren im Fachbereich 62 durch Rückgang des Verkaufs von Luftbildern, Anfertigung von Kartenausügen, Plänen, Vervielfältigungen und im Stadtplanungsamt durch den Verkauf von erstellten Broschüren sowie im Tiefbauamt bei Ersatzvornahmen. 76.135 EUR

Wesentliche Mehrausgaben resultieren aus:

- der Unterhaltung f. Straßen, Brücken, Verkehrsleit-einrichtungen u. Reinigung im Tiefbauamt (i. V. mit Landesmitteln für Hochwasser), 1.091.627 EUR
- Ausgaben für Sachverständigen-, Gutachter- u.a. Kosten im Bauordnungsamt, die im direkten Zusammenhang mit der Erteilung der Baugenehmigung stehen. 360.947 EUR
- Kosten für Veranstaltungen (Tagungen und Ausstellungen der Internationalen Bauausstellung - IBA -), bei Mieten und 48.110 EUR

Pachten für den IBA Shop/Regierungsstr. sowie sonstigen Sachausgaben im Stadtplanungsamt,	
- Ausgaben für Kopierleistungen und Post-, Fernmelde- und Bankgebühren durch öffentliche Ausschreibungen im Hochbauamt und bei Aus- und Weiterbildung, Umschulung im Stadtplanungsamt, Bauordnungsamt und Tiefbauamt durch Qualifizierungsmaßnahmen.	19.378 EUR
Wesentliche Minderausgaben resultieren aus:	
- Betriebs- und Materialkosten Straßenbeleuchtung und Kosten für die Entsorgung von Sperrmüll im Tiefbauamt,	71.181 EUR
- Geschäftsausgaben, Dienstreisen/Fahrkostenersätze, Post-, Fernmelde- und Bankgebühren im Fachbereich 62, Stadtplanungs-, Bauordnungs- und Tiefbauamt,	14.953 EUR
- Kosten für Information und Dokumentation im Fachbereich 62, Stadtplanungs- und Tiefbauamt,	115.758 EUR
- Sachverständigen-, Gutachter- u. ähnliche Kosten im Stadtplanungsamt und Fachbereich 62.	38.426 EUR

Die Erfüllung ausgewählter Bereiche und Deckungskreise außerhalb der Budgetierung per 31.12.2008 wird als zahlenmäßige Übersicht in der Anlage 2 beigefügt.

2. Gesamtschätzung Vermögenshaushalt

Der Vermögenshaushalt 2008 schließt mit einem Ergebnis in Höhe von 92.290.544,73 EUR in den Einnahmen und Ausgaben zum 31.12.2008 ab. Die Erfüllung ist gegenüber dem Vorjahr bei den Einnahmen und Ausgaben von 113,2 % auf 130,7 % gestiegen.

Im Haushaltsjahr 2008 betrug das Investitionsvolumen 70,7 Mio. EUR (Vergleich zum Vorjahr: 70,6 Mio. EUR).

Das Ergebnis des Vermögenshaushaltes per 31.12.2008 mit Stand vom 16.02.2009 ist ausgeglichen und setzt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

- in EUR -			
		31.12.2007	31.12.2008
	Anordnungssoll – Einnahmen (L)	82.862.758,43	92.499.288,27
+	Haushaltseinnahmereste (H)	0,00	0,00
-	Abgang auf Haushaltseinnahmereste (-A)	2.697.800,00	0,00
-	Abgang auf Kassenreste (C)	163.066,42	208.743,54
=	Summe bereinigte Soll-Einnahmen (E)	80.001.892,01	92.290.544,73
	Anordnungssoll Ausgaben (L)	71.725.286,62	81.884.856,91
+	neue Haushaltsausgabereste (H)	10.498.600,00	11.834.800,00
-	Abgang auf Haushaltsausgabereste(-A)	2.221.994,61	1.429.112,18
=	Summe bereinigte Soll-Ausgaben (E)	80.001.892,01	92.290.544,73
	Ergebnis:	0,00	0,00

Nach Prüfung der von den Fachbereichen/Ämtern beantragten **Haushaltsausgabereste 2008** ergab sich eine Summe von insgesamt **18.149.100 EUR**, davon 6.314.300 EUR aus dem Haushaltsjahr 2007 und 11.834.800 EUR aus dem Haushaltsjahr 2008. Die Übertragung erfolgte in das Haushaltsjahr 2009. Von den Haushaltsausgaberesten 2007 wurden im Haushaltsjahr 2008 Mittel in Höhe von 54 % kassenwirksam.

Die Umsetzung der Maßnahmen des Investitionshaushaltes 2008 wurde durch die Verfügung des LVwA vom 18.01.2008 zur Haushaltssatzung 2008 begleitet, es wurden keine Beanstandungen festgestellt.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2008 wurden Maßnahmen in den Investitionshaushalt aufgenommen, zu der die Stadt Magdeburg rechtlich verpflichtet ist, die sachlich und zeitlich unabweisbar sind und die mit einem Zuwendungssatz von mindestens 70 % gefördert wurden.

Für Bauinvestitionen wurden insgesamt rund 13,2 Mio. EUR als Haushaltsausgabereste übertragen.

Durch die späte Bewilligung der Städtebaufördermittel konnten beispielsweise die Ausgaben des Stadtumbauprogramms Ost nicht kassenwirksam werden und es mussten 335.800 EUR Haushaltsausgabereste übertragen werden. Dies gilt ebenso für die Maßnahme – Sanierung historischer Stadtkern -. Für diese Maßnahme wurden 726.600 EUR Haushaltsausgabereste übertragen.

Die Abarbeitung der eingestellten Haushaltsmittel der Maßnahmen, die mit Fördermitteln finanziert werden, begannen teilweise erst verspätet, da die Bewilligung der Fördermittel fast ausschließlich im 2. Halbjahr eines Haushaltsjahres erfolgt. Damit ist die Bildung von Haushaltsausgaberesten unvermeidbar.

Das betrifft z. B. die Vorhaben:

- Entwicklung Hansehafen Komplementärfinanzierung,
- Renneweg BL 4,
- Brenneckestraße 2. BA,
- Berliner Chaussee,
- Brücke Sohlener Straße,
- Schrotebrücke Wasserkunststraße,
- Stadtumbau Ost/Aufwertung,
- Städtebaulicher Denkmalschutz, Sanierung historischer Stadtkern,
- Wohnumfeldverbesserung Kannenstieg,
- Wohnumfeldverbesserung Südost.

Für einige Maßnahmen wurden 2008 Fördermittelanträge gestellt und mündlich in Aussicht gestellt. Am Ende des Haushaltsjahres 2008 wurde vom Zuwendungsgeber signalisiert, dass die Fördermittelbescheide 2009 erfolgen werden. Um die Gesamtfinanzierung zu sichern, mussten die beantragten Haushaltsausgabereiste übertragen werden. Das betrifft z. B. die nachfolgenden Maßnahmen:

- Kanustrainingsstätte Werder,
- Nebenplätze 3. BA,
- KT Bördebogen,
- KT G.- Hauptmann-Straße.

Um die Gesamtfinanzierung für das Vorhaben „Ausbau der Verkehrsverbindungen – Erschließung Hansehafen“ zu sichern, musste ein Haushaltsausgabereist in Höhe von 3.059.000 EUR gebildet werden. Der Fördermittelbescheid durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt wurde erst am 15.12.2008 erteilt.

Der Haushaltsausgabereist für das Vorhaben „Brücke Sohlener Straße“ wurde für die Zahlung eines Ablösebetrages an die DB AG beantragt. Für den Ersatzneubau Brücke Sohlener Straße wurde zwischen der LH Magdeburg und der Netz AG eine Kreuzungsvereinbarung mit Datum vom 09.08.2005 abgeschlossen. Die Berechnung des Ablösebetrages kann erst nach Vorliegen der Schlussrechnung erfolgen. Die Schlussrechnung mit dem Baubetrieb ist noch strittig, da die Baufirma im Rahmen der Schlussrechnung noch Nachträge fordert, welche erst mit der Gesamtberechnung beim Tiefbauamt beantragt wurden. Da hierbei die DB AG eine wichtige Rolle in der Bestätigung dieser Leistung hat (als Kreuzungspartner auch finanziell mit zu tragen hat), sind hier noch Abstimmungen und die Einbeziehung des Rechnungsprüfungsamtes notwendig. Erst danach kann die vorläufige Höhe der Ablöse ermittelt werden. Dies wird durch die Stadt im Jahr 2009 erfolgen.

Für die Magdeburger Hafen GmbH wurde im Stadtrat am 04.12.2008 (Beschluss-Nr. 2289-75(IV)08) die Veränderung des Verwendungszweckes des bestehenden Hafendarlehens in Höhe von 2.000.000 EUR beschlossen. Die Mittel wurden demzufolge als Haushaltsausgabereist in das Haushaltsjahr 2009 übertragen und sollen in 2009 an die Hafen GmbH ausreichen werden.

Fertig gestellt im Haushaltsjahr 2008 wurden die IZBB-Maßnahmen GS Lindenhof, SekS. Weitling und SekS Müntzer mit einem Gesamtvolumen von 9.722,9 Tsd. EUR.

Die Maßnahme Feuerwache Nord (Gesamtvolumen 10.045,0 Tsd. EUR) wurde 2008 begonnen und wird im Jahr 2009 fertig gestellt.

Der Bewilligungsstand der Fördermittel ergibt zum 31.12.2008 eine Bewilligungsquote von 80,73 %, im Gegensatz dazu eine Fließquote von 68,5 % (*Anlage 6*).

Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2007 sind die Bewilligungsquote um 33,3 % und die Fließquote um 10,5 % gesunken.

Nachstehend die Gegenüberstellung der Ergebnisse zu den insgesamt für das Jahr 2008 zur Verfügung gestellten Mitteln:

- in EUR -

Plan 2008	AOS 31.12.2008	Erfüllung in %	Mehr- bzw. Mindereinnahmen u. -ausgaben	Übertrag in 2009
Einnahmen				
70.743.400	92.499.288,27	130,75	+21.755.888,27	0
HER 2007				
0,0	0	0	0	0
70.743.400	92.499.288,27	130,75	+21.755.888,27	0
Ausgaben				
70.743.400	81.884.856,91	115,74	+11.141.456,91	11.834.800
HAR 2007				
17.020.100	9.276.687,82	54,50	-7.743.412,18	6.314.300
87.763.500	91.161.544,73	103,87	+3.398.044,73	18.149.100

Die Budgets für den Erwerb beweglicher Sachen in Höhe von 606.300 EUR wurden zum 31.12.2008 mit insgesamt 920.000 EUR verausgabt (*Anlage 7*). In Betrachtung des fortgeschriebenen Gesamtbudgets von 1.075.500 EUR ergibt sich eine Erfüllung von 85,5 %.

In der nachfolgenden Übersicht werden die zur Übertragung angemeldeten Haushaltseinnahmereste und Haushaltsausgabereste von 2004 bis 2008 gegenübergestellt:

- in Tsd. EUR -

	2004	2005	2006	2007	2008
Haushaltseinnahmereste	35.733	15.433	2.697	0	0
Haushaltsausgabereste	27.885	21.223	17.689	17.020	18.149

Die nachfolgende Vergleichsübersicht (ohne HAR 2008) zeigt beispielhaft, wo erhebliche Abweichungen zu verzeichnen sind:

- in EUR -

	Soll-Einnahmen	Haushaltsplan 2008	Haushaltsvergleich	
Gesamthaushalt	92.499.288,27	70.743.400,00	21.755.888,27	Mehreinnahmen
EPL 0-8	32.184.901,21	32.753.100,00	568.198,79	Mindereinnahmen
EPL 9	60.314.387,06	37.990.300,00	22.324.087,06	Mehreinnahmen
darunter:				
EPL 9 *	41.535.031,06	18.898.300,00	22.636.731,00	Mehreinnahmen

* ohne UA 90100 – Investitionshilfe (18.779.356,00 EUR Soll und 19.092.000,00 EUR Plan = 312.644 EUR Mindereinnahmen)

Mehreinnahmen entstanden 2008 im **Einzelplan 9** in Höhe von 22.324.087,06 EUR, davon:

- zweckgebundene Zuführung vom VwH für PPP in Einnahmen und Ausgaben (3.353 Tsd. EUR),
- Jahresausgleich des Vermögenshaushaltes (137 Tsd. EUR) vom Verwaltungshaushalt,
- Aufstockung der Allgemeinen Rücklage (2,6 Mio. EUR) vom Verwaltungshaushalt,
- Zuführung finanzieller Mittel vom Verwaltungshaushalt für eine zweckgebundene Rücklage - Sondertilgung (12,3 Mio. EUR),
- Zuführung finanzieller Mittel vom Verwaltungshaushalt für eine zweckgebundene Rücklage zur Bildung des Eigenanteils des Konjunkturpaketes II (3,3 Mio. EUR).

Im **Einzelplan 2** flossen Mehreinnahmen im Haushaltsjahr 2008 für die IZBB-Maßnahmen, deren Vorfinanzierung 2007 erfolgte.

Am 04.12.2008 beschloss der Stadtrat, dass die Eigenkapitalverzinsung des Eigenbetriebes SAB (1,22 Mio. EUR) aus dem Jahr 2007 an den Vermögenshaushalt der LH MD abgeführt werden soll. Ein Teil dieser Summe wurde für das ausgereichte Darlehen (900 Tsd. EUR) an die Stadion GmbH und Co. KG als Deckung verwendet und der Rest wurde der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Eine weitere zusätzliche Einnahme erhielt die LH MD vom Bund. Die LH Magdeburg erhielt einen anteiligen Erlös aus der Veräußerung des Treuhandunternehmens Möbelunion (in den Jahren 1991/1992) von der BVS (I0051/08). Der auszukehrende Erlös betrug 2.909 Tsd. EUR. Die Mittel wurden in Höhe von 338 Tsd. EUR für einen Rechtsstreit der NKE (SR-Beschluss-Nr.1829-61(IV)08) sowie 1.067 Tsd. EUR für die Tilgung des Darlehens für den Bau der Tiefgarage Friedensplatz (SR Beschluss-Nr. 2175-72(IV)08) zur Deckung eingesetzt. Die restlichen Mittel in Höhe von 1.503 Tsd. EUR wurden der Allgemeinen Rücklage zugeführt.

Insgesamt beträgt der Bestand der Allgemeinen Rücklage 5.374,0 Tsd. EUR per 31.12.2008 und entspricht somit § 20(2) GemHVO.

Die Zuweisung der Investitionshilfe (Festsetzung der Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz) ergab für das Haushaltsjahr 2008 eine Mindereinnahme in Höhe von 313 Tsd. EUR.

- in EUR -

	Soll-Ausgaben Gesamthaushalt	Haushaltsplan 2008	Haushaltsvergleich	
	81.884.856,91	70.743.400,00	11.141.456,91	Mehrausgaben
EPL 9	39.016.238,52	18.412.700,00	20.603.538,52	Mehrausgaben
EPL 0-8	42.868.618,39	52.330.700,00	-9.462.081,61	Minderausgaben

Mehrausgaben entstanden im **Einzelplan 9** in Höhe von insgesamt 3.352.153 EUR durch Zuführung an die Rücklage PPP sowie der o. g. Bildung von 3 zweckgebundenen Rücklagen (Konjunkturpaket II, Allgemeine Rücklage sowie Rücklage zur Sondertilgung) in Höhe von insgesamt 18.324.166 EUR. Minderausgaben entstanden im Einzelplan 9 in Höhe von 1.072.780 EUR was im Ergebnis zu Mehrausgaben im Einzelplan 9 von 20.603.538 EUR führte.

Die **Verpflichtungsermächtigungen 2008 in Höhe von 26.365.800 EUR** wurden in Höhe von 6.686.600 EUR realisiert (*Anlage 8*). Die Abrechnung zeigt eine Erfüllung von 25,3 % auf. Diese niedrige Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen ergibt sich z. B. aus der zeitlich verzögerten Bewilligung von Maßnahmen (dadurch verspäteter Baubeginn) bzw. bei den Städtebaufördermitteln im Unterschied zwischen Antrags- und Bewilligungssummen. Im Rechenschaftsbericht 2008 wird ein Überblick über die Ausschöpfung der Verpflichtungsermächtigungen nach Investitionsvorhaben dargestellt.

Detaillierte Begründungen der Abweichungen der Einnahme- und Ausgabeergebnisse zu den Planansätzen einzelner Vorhaben ab 250.000 EUR werden mit dem Rechenschaftsbericht 2008 vorgelegt.

Zimmermann

- Anlagen:**
- 1 – Inanspruchnahme der Budgets 0-6 VwH,
 - 2 – Inanspruchnahme Deckungskreise außerhalb der Budgetierung VwH,
 - 3 – Entwicklung wesentlicher Einnahmen VwH,
 - 4 – Entwicklung wesentlicher Ausgaben VwH,
 - 5 – Entwicklung Personalkosten,
 - 6 – Übersicht über Fördermittel VmH,
 - 7 – Abrechnung der Budgets im VmH zum Erwerb beweglicher Sachen,
 - 8 – Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 VmH.

